

# Menschenrechte in Sri Lanka im Spiegel des neuen UPR Verfahrens

## Rechtssystem oder ethnischer Konflikt?

Norman H. Voß

**Sri Lanka hat es seit Jahren versäumt, den Bitten um Kooperation mit verschiedenen Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen (UN) nachzukommen. Dem Menschenrechtsausschuss des internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte etwa ist der Inselstaat seit über einem Jahr eine Berichterstattung schuldig. Bei anderen Mechanismen steht das Land noch viele weitere Jahre in der Kreide. Doch der Reformversuch, der die VN Menschenrechtskommission in den UN Menschenrechtsrat hat wandeln lassen, hat einiges hervorgebracht.**

Die *Universal Periodic Review* (UPR) als neues und innovatives Werkzeug des Menschenrechtsrates geht bei der Überwachung von Menschenrechtsstandards deutlich weiter als bisherige Verfahren. In der zweiten Runde des Evaluierungsverfahrens wurde auch Sri Lanka, soweit möglich, auf Herz und Nieren geprüft. Die Troika für Sri Lanka bestand aus der Ukraine, Kamerun und Bangladesch, alle selbst nicht als Spitzenreiter bei Umsetzung von Menschenrechten anerkannt.

Dieser Troika und der Arbeitsgruppe des Rates lagen die drei Berichte vor, die die Menschenrechtslage in Sri Lanka aus verschiedener Perspektive wiedergeben; die Zusammenfassung der Ergebnisse der UN-Vertragsorgane<sup>1</sup>, der Staatenbericht der Demokratisch Sozialistischen Repu-

blik Sri Lanka<sup>2</sup> und die Zusammenfassung der Beiträge der Nichtregierungsorganisationen (NRO)<sup>3</sup>. Das Resultat des UPR-Prozesses ist der Ergebnisbericht<sup>4</sup>, der Teile der Diskussion sowie die Beschlüsse der Arbeitsgruppe und Sri Lankas wiedergibt. In der Anhörung der Arbeitsgruppensitzung sprach Mahinda Samarasinghe, Minister für Katastrophenhilfe und Menschenrechte in Sri Lanka für die Regierung. Er betonte, dass der Regierungsbericht ein akkurates Bild der Menschenrechtslage in Sri Lanka liefere.

Bei der Auswertung des rechtsstaatlichen Hintergrunds und des Rechtssystems führte Sri Lanka die in der Verfassung gesicherte Unabhängigkeit der Justiz und die langjährige Rechtsstaatlichkeit im Land an. NRO stellten hingegen der Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs und der des Büros des Generalstaatsanwalts ein Armutszeugnis aus. Die Zusammenfassung der NRO-Berichte verwies auf die landesübliche Nichtumsetzung von internationalen Menschenrechtsverträgen und stellte das Fehlen der Grundrechte des Zivilpakts fest. So hatte der Oberste Gerichtshof des Landes erklärt, dass jene Grundrechte nicht ohne weiteres in Sri Lanka anzuwenden sind. Ebenso sollte der zehnköpfige Verfassungsrat des Landes eigentlich die Amtsinhaber der Nationalen Menschenrechtskommission bestimmen. Stattdessen wurden solche Ämter vom Präsidenten

selbst vergeben. Die Unabhängigkeit der Kommission und ihre Eignung, die im Land vorkommenden Tötungen und das Verschwinden von Menschen unabhängig zu untersuchen, wurden daher von NRO wie auch vom Hochkommissariat in Frage gestellt. Sri Lanka überschwemmte die Diskussion der letzten Jahre mit halbherzigen Untersuchungskommissionen. Eine internationale Expertengruppe etwa verließ letztlich das Land mit der Begründung, von lokalen Behörden keine Unterstützung erfahren zu haben. Notstandsregelungen, erfolglose Strafverfahren gegen Folterer, Anti-Terror-Gesetze und das Fehlen eines effektiven Zeugenschutzprogramms waren weitere Diskussionspunkte im Evaluierungsprozess. Überraschend tat sich Iran mit der Ermutigung Sri Lankas hervor, das Rechtssystem weiter zu stärken, um dem Problem von Folter besser zu begegnen. Der Staatenbericht verwies außerdem auf die Schwierigkeiten, die der ethnische Konflikt bereite.

Im Bereich Schutz und Wahrung der Menschenrechte verwies die Zusammenfassung der Feststellungen der UN-Einrichtungen auf die Besuche der UN-Sonderverfahren. Dem UN-Sondergesandten für Menschenrechte von Inlandsvertriebenen wurde der Zugang zu einigen Orten verwehrt. Beklagt werden Todesbedrohungen im Zuge der Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit,



Menschenrechtsanwalt und Direktor von *Transparency International* Sri Lanka, J.C. Weliamuna.

die extralegale Tötung von humanitären Helfern sowie die Rechtlosigkeit der Inlandsvertriebenen. NRO wie die Internationale Kommission von Juristen (*International Commission of Jurists/ICJ*) belegten den Unwillen oder die Unfähigkeit der Regierung, gezielte Tötungen zu vermeiden. Weitere NRO beklagten, dass Journalisten und Menschenrechtler zunehmend Opfer gezielter Gewalt werden. J.C. Weliamuna, Direktor von *Transparency International*, überlebte erst vor kurzem nur knapp einen Anschlag auf das Haus seiner Familie. Der Staatenbericht hingegen betont, dass Teilnahme und demokratische Verantwortung durch freie Medien garantiert würden und eine wichtige Rolle in der Meinungsbildung spielten.

In Bezug auf wirtschaftlich soziale Rechte präsentierte Sri Lanka die hohe Lebensqualität im Land, geschaffen durch medizinische, Bildungs- und andere Dienstleistungen. Soziale Programme hätten dem Land einen beachtlichen Fortschritt in menschlicher Entwicklung erbracht. Trotz der Aktivitäten der LTTE würden im Norden und Osten des Landes in weiten Teilen Schuluniformen und Schulspeisung kostenlos angeboten. NGO-Berichte zeigten die Ungleichheit von Einkommen und Arbeitslosenquote zwischen Frauen und Männern oder die nicht abgeschlossene Bildungsreform auf. Der Staatenbericht verwies auf den Nationalen Aktionsplan für Kinder (2004-2008) mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog: so die neue Hotline zum Kindesmissbrauch. Sri Lanka bot seine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Kinder in bewaffneten Konflikten beim UN-Sicherheitsrat an.

Sri Lanka nahm den tödlichen Anschlag auf Außenminister Lakshman Kardigamar als Beispiel, um die Einführung der Notstandsregelungen zu rechtfertigen. Außerdem verwies Sri Lanka auf die Überwachung der Maßnahme durch den Obersten Gerichtshof. Der Konflikt erschwere anerkanntermaßen menschenrechtliche Entwicklungen. Das Hochkommissariat wiederholte bei anderer Gelegenheit sein Angebot, vor Ort



Proteste nach Granatanschlägen auf Menschenrechtsanwalt J.C. Weliamuna.

eine Vertretung aufzubauen, deren Notwendigkeit NRO unterstrichen. Im Ergebnisbericht des UPR-Verfahrens unterstrich die Regierung jedoch, dass sie einer Überwachung durch internationale Einrichtungen nicht zustimmt. Es gebe genügend existierende Institutionen im Land, eine solche Funktion auszufüllen. Zudem erfülle der Berater des Hochkommissariats im Land bereits eine solche Rolle. Letzterem wurde jedoch von NRO ein geringer Effekt bescheinigt.

Sri Lanka bot als freiwillige Maßnahme die Schaffung weiterer Parlamentsausschüsse sowie legislativer Initiativen an, ging jedoch auf das bemängelte Fehlen einer effektiven Gewaltenteilung nicht ein. Die Empfehlungen im Ergebnisbericht zielten auf die Stärkung nationaler Menschenrechtsinstitutionen insbesondere im Bereich des Strafrechts und der Nationalen Menschenrechtskommission. Die Empfehlungen forderten ebenso die Hilfe und Rück siedlung der Inlandsvertriebenen. Mehrere Ratsmitglieder mahnten den Schutz der Pressefreiheit an. Bei der Debatte über den Ergebnisbericht in der Plenarsitzung des Menschenrechtsrats betonte der Regierungssprecher den ethnischen Konflikt im Land, der viele Probleme verursache. Hingegen hatte die frühere Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, in einem Bericht an den Menschenrechtsrat bedauert, dass andere Menschenrechtsprobleme durch den Fokus auf den ethnischen Konflikt oft

überdeckt werden. Ungleichheit, Diskriminierung und fehlende Pressefreiheit bestünden partiell auch unabhängig von diesem Konflikt.

Sri Lanka wiederholte abschließend seine Bitte nach technischer Unterstützung etwa beim Polizeitraining und versprach die Etablierung eines zentralen Verfassungsrats; wengleich sich in der Vergangenheit die Kooperation mit internationalen Hilfsangeboten oft als schwierig heraus stellte. Auf Kernforderungen im Ergebnisbericht – wie etwa Reformen im Rechtssystem – ging die Regierungsseite allerdings nicht ein. Dabei hatte die extreme Menschenrechtslage im Land letztendlich dazu geführt, dass Sri Lanka in diesem Jahr bei Wahlen zum Menschenrechtsrat seinen Sitz verlor.

#### Endnoten

<sup>1</sup>A/HRC/WG.6/2/LKA/2, Zusammenfassung, vorbereitet vom Büro des Hochkommissars für Menschenrechte, in Einklang mit Paragraph 15 (B) des Annex von Menschenrechtsratsresolution 5/1. 8. April 2008.

<sup>2</sup>A/HRC/WG.6/2/LKA/1, Nationaler Bericht des UPR von Sri Lanka, eingereicht in Einklang mit Artikel 15 (A) des Annex von Menschenrechtsratsresolution 5/1. 2. Mai 2008.

<sup>3</sup>A/HRC/WG.6/2/LKA/3, Zusammenfassung, vorbereitet vom Büro des Hochkommissars für Menschenrechte, in Einklang mit Paragraph 15 (C) des Annex von Menschenrechtsratsresolution 5/1. 3. April 2008.

<sup>4</sup>A/HRC/8/46 – Bericht der Arbeitsgruppe für den Universal Periodic Review, Sri Lanka, angenommen in der achten Sitzung des Menschenrechtsrates. 5. Juni 2008